

Senatsbeschlüsse

über die 119. Sitzung des Senats

am 26.09.2017, 11:15 Uhr

3013.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 19. bis 21.09.2017

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 19. bis 21. September 2017 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 19. September 2017

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 20. September 2017)

Nr. 19/375 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Kostenfreier Zugang zu Museen in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 15. August 2017

(Drucksache [19/562 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 19. September 2017

(Drucksache [19/589 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/376 S

Fragestunde

1. Befristete Arbeitsverträge bei Lehrern – auch in Bremen ein Problem?
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 16. August 2017
2. Wie steht es um das Erlernen von Schreibschrift in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 16. August 2017
3. Nach dem Tafel-TÜV – Wie geht es mit der Ausstattung an Bremer Schulen weiter?
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Dr. Magnus Buhler, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 16. August 2017
4. Missstände im Alten- und Pflegeheim Friedehorst
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 17. August 2017
5. Gewalt gegen Kontrolleure im Bremer ÖPNV
Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 17. August 2017
6. Außenstände des Amtes für Soziale Dienste
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 17. August 2017
7. Altes Sportamt
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. August 2017
8. Agieren des Senats bei der Entwicklung des Kellogg-Geländes
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. August 2017
9. Dauerbaustelle an der Mahndorfer Heerstraße – wann sind die Baumaßnahmen endlich abgeschlossen?
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. August 2017
10. Was wird aus der Verkehrsschule in der Vahr?

Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. August 2017

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Einstellungsverfahren bei Werkstatt Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. August 2017

12. Alte Schule Burgdamm

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 22. August 2017

13. Geht der Senat dem Verbleib von 166 unbegleiteten minderjährigen Ausländern nach?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. August 2017

14. Grundstücksveräußerungen Kränholm

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 28. August 2017

15. Liegegelder Veranstaltungsschiffe

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 28. August 2017

16. Bauvorhaben von Kindertagesstätten auf öffentlichen Flächen

Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 13. September 2017

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/377 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Kostenexplosion bei Abfallgutachten, Pannen und Verzögerungen bei Straßenbahnplanung und Autobahnbau – Chaosprogramm in der Baubehörde schadet Bremen“

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/378 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 18. September 2017

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 164. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Flurstück 96/4 (Kirchhuchtinger Landstraße 42) im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2474 in Bremen-Huchting

Mitteilung des Senats vom 5. September 2017

(Drucksache [19/573 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

2. Bebauungsplan 2453

für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Halmerweg,
Mählandsweg und Stuhmer Straße

Mitteilung des Senats vom 5. September 2017

(Drucksache [19/574 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2453.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

3. Bebauungsplan 2464

für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ehlersdamm, Langwedeler
Straße, Beim Rethpol, beiderseits Am Großen Kuhkamp

Mitteilung des Senats vom 5. September 2017

(Drucksache [19/575 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2464.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

4. Bebauungsplan 2391

für ein Gebiet in Bremen-Schwachhausen zwischen Schwachhauser Heerstraße und Scharnhorststraße, südlich der Tettenbornstraße

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache [19/582 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2391.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 19/379 S

Alle Wohnraumpotenziale nutzen - Bebauung von brachliegenden Kleingärten nicht generell ausschließen

Antrag der Fraktion der CDU vom 12. September 2017

(Drucksache [19/579 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/380S

**Gewerbegebiete und Wohnbebauung nicht gegeneinander ausspielen –
Lösungen im Dialog mit Kleingartenvereinen finden!**

Antrag der Fraktion der FDP vom 18. September 2017

(Drucksache [19/586 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/381S

**Kleingartengebiete schützen – Leerstandprobleme lösen –
Gestaltungsmöglichkeiten nutzen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. September 2017

(Drucksache [19/588 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/382 S

**Wenn das Löschfahrzeug nach 30 Jahren nicht mehr über den TÜV
kommt – Investitionsstau bei den freiwilligen Feuerwehren endlich
verlässlich beheben**

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 7. Juni 2017

(Drucksache [19/513 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/383 S

Alte Dorfschule Burgdamm erhalten und zu einer Kindertagesstätte umbauen

Antrag der Fraktion der FDP vom 16. August 2017

(Drucksache [19/563 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Petitionsausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/384 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 19

vom 5. Mai 2017

(Drucksache [19/490 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/385 S

Bäderkonzept evaluieren und endlich mit Zahlen unterlegen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 18. Mai 2017

(Drucksache [19/502 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Sport.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/386 S

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen
(Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2018 und 2019; Finanzplanung
2017 bis 2021**

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache [19/580 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist die Haushaltsgesetze 2018 und 2019, die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Haushalte der unselbstständigen Stiftungen und Vermächtnisse) zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte.

Die Stadtbürgerschaft überweist die Übersicht zu den Anträgen der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Die Stadtbürgerschaft überweist das Haushaltsporträt 2018/2019 und den Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/387 S

**Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die
Gewerbsteuer und die Grundsteuer**

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache [19/581 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Beratung und
Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/388 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 22

vom 15. September 2017

(Drucksache [19/585 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom
Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/389 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Neue Chancen für die Gewerbeflächenpolitik – für ein besseres und
größeres Angebot!

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der FDP und der CDU

vom 28. April 2017

(Drucksache [19/488 S](#))

2. Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 14. August 2017

(Neufassung der Drucksache [19/549 S](#) vom 8. August 2017)

(Drucksache [19/559 S](#))

3. Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten
Antrag der Fraktion der FDP vom 6. April 2016
(Drucksache [19/138 S](#))
4. Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten
Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Kinder und Bildung
vom 26. April 2017
(Drucksache [19/487 S](#))
5. Statistische Erfassung des nachmittäglichen Betreuungsbedarfs von
Schulkindern
Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/519 S](#))
6. Zustand von hausnahen Spielflächen regelmäßig kontrollieren!
Antrag der Fraktion der CDU vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/492 S](#))
7. Forderungsmanagement für Frauenhäuser beim Sozialressort aufbauen!
Antrag der Fraktion der CDU vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/493 S](#))
8. Klassenstärken an Bremer Schulen – Werden die Obergrenzen
eingehalten?
Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 16. Mai 2017
(Drucksache [19/501 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/531 S](#))
9. Nach Platzen des BDE-Tarifvertrags: Gleicher Lohn für gleiche
Arbeit in der Abfallbranche
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23. Mai 2017
(Drucksache [19/503 S](#))
10. Wann wird aus dem Sofortprogramm Wohnungsbau des Senats ein
Sofortprogramm?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2017
(Drucksache [19/506 S](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 25. Juli 2017

(Drucksache [19/542 S](#))

11. Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen verbessern

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 8. Juni 2017

(Drucksache [19/514 S](#))

12. Mit der Zeit gehen: WLAN im Museum

Antrag der Fraktion der CDU vom 13. Juni 2017

(Drucksache [19/517 S](#))

13. Sportentwicklungsplan der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017

(Drucksache [19/520 S](#))

14. Sanierungen in Schulsportstätten kurzfristig umsetzen und im Haushalt 2018/2019 darstellen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Juni 2017

(Drucksache [19/532 S](#))

15. Ferienangebote für Kinder und Jugendliche bündeln und vergünstigen – Bremer Ferienpass einführen

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2. August 2016

(Drucksache [19/342 S](#))

16. Ferienangebote für Kinder und Jugendliche bündeln und vergünstigen – Bremer Ferienpass einführen

Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 15. Juni 2017

(Drucksache [19/525 S](#))

17. Freiwilligenticket für den ÖPNV

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 15. Juni 2017

(Drucksache [19/526 S](#))

18. ÖPNV statt Führerschein - ein attraktives Angebot für Seniorinnen und Senioren schaffen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 7. September 2017

(Neufassung der Drucksache [19/570 S](#) vom 22. August 2017)

(Drucksache [19/578 S](#))

19. Bremer „Altenplan“ jetzt aktualisieren. Altenpolitik wieder aktiv gestalten!

Antrag der Fraktion der CDU vom 19. Juni 2017

(Drucksache [19/527 S](#))

20. Für den vollständigen Erwerb der BREBAU durch die öffentliche Hand!

Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2017

(Drucksache [19/528 S](#))

21. Wasser für alle: Auch Bremen braucht öffentliche Trinkbrunnen

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2017

(Drucksache [19/529 S](#))

22. Bremer Straßennamen entkolonialisieren!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 21. Juni 2017

(Drucksache [19/533 S](#))

23. Überseestadt

5. Entwicklungsbericht

Mitteilung der städtischen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 10. August 2017

(Drucksache [19/557 S](#))

24. Hinterlandbebauung stärker fokussieren und durch einen

Innenentwicklungsmanager unterstützen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 22. August 2017

(Drucksache [19/567 S](#))

25. ZOB Bremen - Zeit zu handeln statt zu trödeln!

Antrag der Fraktion der FDP vom 4. September 2017

(Drucksache [19/571 S](#))

26. Stadtamt strukturell neu aufstellen

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. August 2016

(Drucksache [19/353 S](#))

27. Stadtamt strukturell neu aufstellen

Bericht der städtischen Deputation für Inneres vom 5. September 2017

(Drucksache [19/572 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 20. September 2017

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 21. September 2017)

Nr. 19/773

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz zurückziehen und nachbessern
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 7. Juni 2017
(Drucksache [19/1094](#))
2. Bewohnerbeiräte in Alten- und Pflegeeinrichtungen stärken!
Antrag der Fraktion der CDU vom 25. Oktober 2016
(Drucksache 19/784)
3. Bericht zur Erstellung der Nachfolgeregelung zur Heimmitwirkungs- und Heimmindestbauverordnung
Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1123](#))
4. Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen fördern
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1127](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache 19/1244)
5. Schulischer Inklusion zum Erfolg verhelfen
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1128](#))
6. Gelingende Inklusion braucht geeignete Bedingungen und Weiterentwicklung
Antrag der Fraktion der CDU vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1169](#))

7. Kulturelle Filmförderung im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Juli 2017
(Drucksache [19/1146](#))
8. Attraktives Bremen: Wie können Einpendler als Einwohner gewonnen werden?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1170](#))
9. Nebenbeschäftigung und öffentlicher Dienst
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 17. August 2017
(Drucksache [19/1187](#))
10. Finanzielle und personale Voraussetzungen für auskömmlichen Bauunterhalt und Sanierung sowie Errichtung von Neubauten im öffentlichen Eigentum Bremens
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 21. August 2017
(Drucksache [19/1193](#))
11. Stand und Perspektiven der Provenienzforschung in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1199](#))
12. Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit auch durch bessere Kinderbetreuung ermöglichen?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1202](#))
13. Gewalt bei Fußballspielen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 25. August 2017
(Drucksache [19/1211](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/774

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Erhebung einer Tourismusabgabe

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2017

(Drucksache [19/1136](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/775

Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände – Gesetz zur Änderung der persönlichen Gebührenfreiheiten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 14. Dezember 2016

(Drucksache [19/881](#))

2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist durch die Annahme der Drucksache 19/1210 erledigt.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/776

Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

vom 24. August 2017

(Drucksache [19/1210](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung. Der Senat und der Magistrat werden gebeten, Rechtsverordnungen der neuen Rechtslage zum 1. Januar 2018 anzupassen und gegebenenfalls erforderliche Ortsgesetzänderungen zeitnah zu veranlassen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/777

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie Finanzplanung 2017 bis 2021

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache [19/1224](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019, die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte) zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, den Ausschuss

für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit und an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Haushaltsprofil 2018/2019 und den Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/778

Reichtum gerechter verteilen – Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder erheben

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 30. Mai 2017

(Drucksache [19/1081](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/779

Keine Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Bremen und Bremerhaven!

Antrag der Fraktion der CDU vom 13. Juni 2017

(Drucksache [19/1101](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/780

Lehren aus dem Dieselskandal ziehen und konsequent umsetzen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 22. August 2017

(Drucksache [19/1197](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

1. die Autokonzerne sich zu weitgehenden technischen Nachrüstungen und Umbauten an den Motoren verpflichten, die nicht zulasten der Autokäufer gehen.
2. Kontrollen und Überwachung der tatsächlichen Schadstoffemissionen von Fahrzeugen deutlich verbessert werden.
3. Möglichkeiten von Musterfeststellungsklagen geschaffen werden.
4. das Steuersystem ökologischer wird und kleinere Einkommen entlastet. Die steuerliche Belastung von Dieselmotoren ist dabei stufenweise an die von Benzin anzupassen, um damit umweltfreundlichere Technologien zu fördern.
5. wirksame Instrumente für die beschleunigte Umstellung auf Elektromobilität, wie z. B. Quoten für Neuzulassungen, möglichst auch auf europäischer Ebene eingeführt werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/781

Bremens Stärken besser für Gründungen und Start-ups nutzen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und DIE LINKE vom 29. Juni 2017

(Drucksache [19/1139](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die statistische Datenbasis zum Gründungsgeschehen und dem Ökosystem für Start-ups im Land Bremen durch geeignete Maßnahmen zu verbessern;
2. die zahlreichen und ausdifferenzierten Instrumente und Schnittstellen der staatlichen Wirtschaftsförderung, die für Start-ups relevant sind, organisatorisch zusammenzuführen und damit die Fokussierung und Effizienz des Mitteleinsatzes zu erhöhen und die Orientierung für die potenziellen Gründerinnen und Gründer und ihre Partner zu erleichtern;
3. selbstorganisierte und von der Wirtschaft angebotene Netzwerktreffen und Plattformen zu fördern;
4. im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinzuwirken, die Gründungsförderung an den bremischen Hochschulen mit konkreten Maßnahmen in den Zielvereinbarungen der Lehrstuhlinhaber zu verankern und die Hochschulen und Forschungseinrichtungen darin zu unterstützen, Studierende und Absolventen, z. B. mittels geeigneter hochschul- und fächerübergreifender Veranstaltungen, für die Idee von Unternehmensgründungen zu begeistern. Bedeutsam ist auch ein gutes Angebot für die kontinuierliche Begleitung der jungen Unternehmen.
5. hochschulnahe Gründerzentren, die durch intensives Coaching jungen Unternehmen zu einer schnellen Entwicklung verhelfen, zu unterstützen und mit privaten Akteuren zu vernetzen, um damit den Wissens- und Technologietransfer stärker zu fördern;
6. auch in den vier Clustern den Fokus auf Start-ups zu richten, z. B. Ansprechpartner für Start-ups und Gründungen innerhalb der Cluster zu benennen sowie Veranstaltungen und Pitching-Events für Start-ups anzubieten;
7. die bremischen Programme zur Existenzgründungsförderung (z. B. BRUT - Bremer Förderprogramm für Unternehmensgründungen) auf ihre Wirksamkeit hin zu evaluieren und nachzujustieren;
8. gemeinsam mit der Bremer Aufbau-Bank (BAB), der Förderbank für Bremen und Bremerhaven und dem RKW (Rationalisierungs- und

Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V.) das EFRE-Beteiligungsprogramm (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) weiter auszubauen, um künftig die Rahmenbedingungen für Beteiligungen bis zu 800 000 € für junge Unternehmen sowie Existenzgründerinnen und Existenzgründer möglichst einfach und unbürokratisch zu gestalten. In diesem Zusammenhang soll ein Beirat aus mittelständischen, in Bremen ansässigen Unternehmen installiert werden, um so frühestmöglich die Marktfähigkeit der Start-ups in Erfahrung zu bringen sowie Start-ups bei der Investorensuche zu unterstützen.

9. die Gründung eines Bremer Start-up-Fonds (unter Inanspruchnahme der BAB) zu unterstützen, an dem sich auch Banken, Versicherungen, Bürgerinnen und Bürger beteiligen können, damit genug finanzielles Investment vorhanden ist, um Bremen auch langfristig als Standort für Start-ups interessant zu machen und die generierten Arbeitsplätze in Bremen zu halten;
10. mit geeigneten Crowdfunding-Plattformen dazu beizutragen, dass auch auf diesem Weg privates Kapital zur Finanzierung von Start-ups mobilisiert werden kann;
11. neben der Förderung von Netzwerktreffen auch die Förderung privatwirtschaftlicher Beratungseinrichtungen – bzw. Unternehmen – durch geeignete Netzwerke und Matching-Instrumente zu unterstützen, die aufgrund ihrer Erfahrung den Start-ups wichtige und notwendige Impulse geben sowie Investoren vermitteln können;
12. die Vergabeverfahren gründungsfreundlich zu gestalten und bei entsprechenden Ausschreibungen, deren Auftragsvolumen die zulässigen Grenzen nicht überschreiten, im Land Bremen ansässige Start-ups gezielt zu Angeboten aufzufordern;
13. auch langfristig günstige Räumlichkeiten für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, z. B. durch die ZZZ (ZwischenZeitZentrale Bremen), anzubieten, analog zur derzeitigen Zwischennutzung im Citylab (Plattform für Start-ups und Existenzgründer) oder dem „wurst case“ (Kollaborative Zwischennutzung – Karmatransformation einer Wurstfabrikation);

14. Veranstaltungen für Gründerinnen und Gründer mit gezielten Marketingaktionen auch über die Landesgrenzen hinweg zu bewerben und Bremen als Start-up-Standort bundesweit zu etablieren;
15. darauf zu achten, dass Frauen gezielt für die Gründung von Start-ups begeistert werden;
16. anzuerkennen, dass die Kreativwirtschaft einen wichtigen Beitrag zu einer vitalen Gründerszene in unserem Land leistet. Das kommt auch den wissensintensiven Start-ups zugute. Dieser Zusammenhang ist in der Förderstrategie des Senats systematisch zu berücksichtigen.
17. das Thema Start-ups als betriebliches Innovationsinstrument für den Mittelstand stärker herauszuarbeiten und den Unternehmen zu vermitteln;
18. die Instrumente der Wirtschaftsförderung und die Entwicklung der Start-up-Szene durch geeignete Dialogverfahren zusammen mit den an den Netzwerken beteiligten Akteuren und Partnern regelmäßig zu evaluieren und einmal jährlich in der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die fortlaufenden Aktivitäten und den Anpassungsbedarf zu berichten;
19. binnen eines Jahres nach Beschlussfassung über die erfolgten Maßnahmen zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend), die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung und Vorlage eines Berichtes über die erfolgten Maßnahmen.

Nr. 19/782

Innovationspolitik im Land Bremen neu aufstellen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 12. September 2017

(Neufassung der Drucksache [19/1171](#) vom 8. August 2017)

(Drucksache [19/1234](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 21. September 2017

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats vom 22. September 2017)

Nr. 19/783

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Jens Eckhoff,
Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle
Stunde über folgendes Thema durch:

**„Geld weg, Bank weg, Jobs weg – wann übernimmt die Bürgermeisterin
endlich die Verantwortung für das Desaster der Bremer Landesbank?“**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/784

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 18. September 2017

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsenslist wie folgt zu:

1. Radikalisierung früh erkennen und reagieren – Gesetz zur Zuständigkeit bei erkannter Radikalisierung junger Menschen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. August 2017

(Neufassung der Drucksache [19/1181](#) vom 8. August 2017)

(Drucksache [19/1189](#))

1. Lesung

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 21. August 2017

(Drucksache [19/1192](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz und den Änderungsantrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Stellungnahme des Senats zum 39. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 29. August 2017

(Drucksache [19/1213](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 39. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Stellungnahme des Senats zum 11. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 29. August 2017
(Drucksache [19/1214](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 11. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/785

Fragestunde

1. Öffentlichkeitsfahndungen der Polizei
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 17. August 2017
2. Kindergeldzahlungen an EU-Ausländer
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 17. August 2017
3. Wirtschaftsbremse Umweltsenator – ist das Verkehrsressort besser beim Wirtschaftssenator aufgehoben?
Anfrage der Abgeordneten Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. August 2017
4. Bremisches Kompetenzzentrum Salafismus/Islamismus/Terrorismus
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. August 2017
5. Regionale Unterstützungsmodelle für freiberufliche Hebammen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. August 2017
6. Krisenstäbe bei Sonderlagen

Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. August 2017

7. Deutsches Maritimes Zentrum ohne Bremen – Warum setzt sich der Senat nicht für die maritimen Standorte Bremen und Bremerhaven ein?

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. August 2017

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Videoaussagen in Gerichtsverfahren

Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. August 2017

9. Öffnung gewerblicher Waschanlagen an Sonn- und Feiertagen erlauben?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. August 2017

10. Präventionsangebote bei Essstörungen

Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Mustafa Güngör, Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 17. August 2017

11. Nacktkontrollen im Polizeigewahrsam

Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. August 2017

12. Barrierefreiheit im Nahverkehrsplan 2018 bis 2022

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ralph Saxe, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. August 2017

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

13. Umsetzung der Unterschwellenvergabeordnung in Landesrecht
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. August 2017

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

14. Erleichterungen für Beamte bei der Krankenversicherung?
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. August 2017
15. RADAR-iTE – neues Instrument zur Risikobewertung von potenziellen Gewaltstraftätern
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. August 2017
16. Gerechtes Schulgeld an der Logopädieschule?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. August 2017
17. Medikamentenengpässe auch in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. August 2017
18. Wie kommt die gemeinsame Krankenhausplanung der Länder Bremen und Niedersachsen voran?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. August 2017
19. Clankriminalität und Aufwachsen des Mhallamiye-Clans
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 24. August 2017
20. Verfahrensweisen in der Bremer Baupolitik
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 28. August 2017
21. Studiengang „Inklusive Pädagogik an Oberschulen/Gymnasien“
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 30. August 2017
22. Werden die Polizeitaucher in Bremen abgeschafft?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. September 2017

23. Wie entwickelt sich das Forderungsmanagement beim Unterhaltsvorschuss?

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. September 2017

24. Schwere Immobilienbrände in Bremerhaven-Lehe

Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 8. September 2017

25. Fortschreibung des bremischen Klimaschutz- und Energieprogramms

Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Jörg Kastendiek, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. September 2017

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/786

Laschen ist Hafenarbeit!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 5. September 2017

(Drucksache [19/1217](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Wir fordern den Senat auf,

1. sich mit den Ländern Niedersachsen und Hamburg auf ein einheitliches Vorgehen zu verständigen, um sicherzustellen, dass auf

- allen in die jeweiligen Seehäfen einlaufenden See- und Binnenschiffen die dortigen Ladungssicherungs- und Entsicherungsarbeiten hafenseitig ausschließlich von speziell für das Laschen ausgebildeten Hafentarbeitern vorgenommen werden;
2. die Überwachung der bestehenden Wach- und Ruhezeiten zum Schutze der Seeleute zu intensivieren;
 3. dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen Mitte des Jahres 2018 über die Umsetzung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Berichts bis Mitte 2018.

Nr. 19/787

Mehr Sicherheit für Deutschland und Bremen

Antrag der Fraktion der CDU vom 24. Januar 2017

(Neufassung der Drucksache [19/901](#) vom 11. Januar 2017)

(Drucksache [19/914](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/788

Mehr Sicherheit für Deutschland und Bremen

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres vom 22. August 2017

(Drucksache [19/1208](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/789

Elternunabhängiges BAföG – Kinder haften nicht für ihre Eltern

Antrag der Fraktion der FDP vom 13. September 2017

(Drucksache [19/1236](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/790

**Schuldenfreies Studium durch ein bedarfsdeckendes und
elternunabhängiges BAföG ermöglichen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. September 2017

(Drucksache [19/1242](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/791

Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017

(Drucksache [19/1172](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/792

Gesetz zur Änderung des Weiterbildungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017

(Drucksache [19/1173](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/793

Zweiter Versuch – Regenbogenflagge am Coming Out Day vor dem Haus der Bürgerschaft hissen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP vom 19. September 2017

(Drucksache [19/1249](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) hisst anlässlich des Coming Out Days am 11. Oktober 2017 die Regenbogenflagge am Haus der Bürgerschaft.
2. Am Haus der Bürgerschaft wird anlässlich des Christopher Street Days 2018 – voraussichtlich am 25. August – die Regenbogenflagge gehisst.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/794

Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven von jungen geflüchteten und anderen neu zugewanderten Jugendlichen in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 9. Mai 2017

(Drucksache [19/1059](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 4. Juli 2017

(Drucksache [19/1140](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/795

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen

Mitteilung des Senats vom 29. August 2017

(Drucksache [19/1212](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/796

Ehrenamtskarte besonders für junge Menschen attraktiver machen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 5. September 2017

(Drucksache [19/1220](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Gewährungspraxis der Ehrenamtskarte im Hinblick auf die Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen zu überprüfen und dabei folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - a) Überprüfung und gegebenenfalls Wegfall der Mindestvoraussetzungen von fünf Stunden ehrenamtlichen Engagements pro Woche bzw. 250 Stunden im Jahr über einen Zeitraum von drei Jahren für die Gruppe der 14- bis 29-jährigen Ehrenamtlichen.
 - b) Verbesserung des Informationsangebots für die Altersgruppe der 14- bis 29-jährigen Ehrenamtlichen. Insbesondere Prüfung von Kooperationen mit Schulen und Trägern des freiwilligen Engagements mit dem Ziel Jugendliche nach Eintritt in eine Organisation oder bei Besuch bestimmter Qualifizierungsmaßnahmen für das jeweilige Ehrenamt über die Ehrenamtskarte zu informieren.
 - c) Ergänzung der bestehenden Vergünstigungsangebote im Hinblick auf die Attraktivität der Angebote für alle Altersgruppen.
 - d) Die notwendige Abstimmung mit dem Land Niedersachsen durchzuführen und bei Bedarf eigene Regelungen für die Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen im Land Bremen zu finden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der zuständigen Deputation für Soziales, Jugend, Frauen und Integration innerhalb von sechs Monaten über die Ergebnisse der Überprüfung und der weiterführenden Maßnahmen zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/797

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 22

vom 15. September 2017

(Drucksache [19/1238](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/798

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Ist eine Bedarfsplanung in der Hospiz- und Palliativversorgung nötig und möglich?

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Mai 2017

(Drucksache [19/1055](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017

(Drucksache [19/1106](#))

2. Hospizbedarfe in Bremen ermitteln – Versorgung der Anspruchsberechtigten stärken!

Antrag der Fraktion der CDU vom 19. September 2017

(Drucksache [19/1248](#))

3. Kita-Qualität aufrechterhalten, pauschale Gruppenvergrößerung stoppen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 24. Mai 2017

(Drucksache [19/1079](#))

4. DNA-Analyse weiterentwickeln und umfassend nutzen

Antrag der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2017

(Drucksache [19/1080](#))

Dazu

- Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1198](#))
und
Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 23. August 2017
(Drucksache [19/1209](#))
5. Sicherheit im Rechtsstaat
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1113](#))
6. Straftaten zum Nachteil älterer Menschen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 31. Mai 2017
(Drucksache [19/1088](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 4. Juli 2017
(Drucksache [19/1143](#))
7. Wohnungsbauaktivitäten verstärken und einer wachsenden Stadt anpassen
Antrag der Fraktion der CDU vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1099](#))
8. Genehmigungsverfahren verkürzen – Musterbauordnung als Vorbild nehmen
Antrag der Fraktion der CDU vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1102](#))
9. Sportlehrerinnen, Sportlehrer und Sportunterricht an Schulen im Land Bremen – Sachstand und Zukunft
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1103](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 15. August 2017
(Drucksache [19/1183](#))
10. Perspektiven junger Männer mit Migrationshintergrund in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. Juni 2017

(Drucksache [19/1115](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 1. August 2017

(Drucksache [19/1163](#))

11. Gewalt und Sexualdelikte gegen Kinder und Frauen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Juni 2017

(Drucksache [19/1118](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017

(Drucksache [19/1184](#))

12. Fahrten unter Alkohol- oder Drogeneinfluss

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Juni 2017

(Drucksache [19/1119](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017

(Drucksache [19/1177](#))

13. Gewerblicher Einsatz von Multikoptern im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Juni 2017

(Drucksache [19/1129](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017

(Drucksache [19/1185](#))

14. Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungerschleichung
vermeiden

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2017

(Drucksache [19/1130](#))

15. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2017

(Drucksache [19/1131](#))

16. Auszubildende gleichstellen – auch in der öffentlichen Mobilität!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23. Juni 2017

(Drucksache [19/1135](#))

17. Umgang mit von Abschiebung bedrohten suizidgefährdeten
Geflüchteten durch Ausländerbehörden und Gesundheitsämter im
Bundesland Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 29. Juni 2017
(Drucksache [19/1138](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1178](#))
18. Einsatz der Bremer Polizei beim G20-Gipfel
Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 11. Juli 2017
(Drucksache [19/1147](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1195](#))
19. Social Media in der Schule angeleitet fördern – Leitfaden und
Unterstützung sicherstellen
Antrag der Fraktion der CDU vom 7. März 2017
(Drucksache [19/964](#))
20. Social Media in der Schule angeleitet fördern – Leitfaden und
Unterstützung sicherstellen
Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung
vom 24. Juli 2017
(Drucksache [19/1149](#))
21. Vorkurse im Schuljahr 2017/2018 an den Schulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 1. August 2017
(Drucksache [19/1161](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1227](#))
22. Landwirtschaftliche Betriebe öffnen
Antrag der Fraktion der CDU vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1167](#))
23. Digitales Planen und Bauen auch in Bremen umsetzen

- Antrag der Fraktion der CDU vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1168](#))
24. DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven etablieren
Mitteilung des Senats vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1174](#))
25. Zulagen auch für Notfallsanitäter
Antrag der Fraktion der CDU vom 15. August 2017
(Drucksache [19/1182](#))
26. Psychotherapeutische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen
sicherstellen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1201](#))
27. Kaffee genießen, Müll vermeiden – umweltfreundliches
Mehrwegsystem für Getränkebecher einführen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1203](#))
28. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage
Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2017
(Drucksache [19/917](#))
2. Lesung
29. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 5. September 2017
(Neufassung der Drucksache [19/1204](#) vom 22. August 2017)
(Drucksache [19/1216](#))
30. Pakt für die innere Sicherheit
Antrag der Fraktion der CDU vom 22. Februar 2016
(Drucksache [19/296](#))
31. Pakt für die innere Sicherheit
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1205](#))

32. Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden
Antrag der Fraktion der CDU vom 24. August 2016
(Drucksache [19/712](#))
33. Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1206](#))
34. Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 21. September 2016
(Drucksache [19/749](#))
35. Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1207](#))
36. Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der bremischen Häfen nicht behindern!
Antrag der Fraktion der CDU vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1221](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

- 3014.) Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen
(Vorlage 1595/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1595/19 den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen.

- 3015.) Entwurf einer Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Gesetz über das Leichenwesen
(Vorlage 1596/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1596/19 den Entwurf einer Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Gesetz über das Leichenwesen.

- 3016.) "Stand und Perspektiven der Provenienzforschung in Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1597/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1597/18 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 22.8.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderungen:

- In der Antwort auf Frage 1 wird der zweite Satz wie folgt gefasst: „Hieraus resultierte eine gemeinsame Bremer Erklärung zur "Erklärung von Bund und Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz, von 1999".“
- In der Antwort auf Frage 1 wird im zweiten Absatz, zweiter Satz das Wort „Museums“ durch das Wort „Museumsbundes“ ersetzt.
- In der Antwort auf Frage 1 wird im siebten Absatz, erster Satz vor dem Wort „Bremerhaven“ das Wort „in“ eingefügt.
- In der Antwort auf Frage 1 wird im siebten Absatz am Ende folgender Satz ergänzt: „Derzeit wird ein Antrag auf Fortführung der Projektfinanzierung bis Ende 2019 gestellt.“
- In der Antwort auf Frage 2 wird im ersten Absatz, dritter Satz vor dem Wort „Bremerhaven“ das Wort „in“ eingefügt.

- In der Antwort auf Frage 2 wird im vierten Absatz, zweiter Satz nach dem Wort „gestellt“ „(s.o.)“ eingefügt.
- In der Antwort auf Frage 3 werden unter der Überschrift „DSM“ im ersten Satz nach dem Wort "Verbraucherschutz" die Worte „in Form von Personalstellen“ eingefügt.
- In der Antwort auf Frage 4 werden unter der Überschrift „DSM“ im ersten Satz nach dem Wort "DZKV" der Satzteil „; im Falle der Bewilligung eines Drittmittelvorhabens (s.o.) auch mit dem Übersee- und Focke-Museum.“ eingefügt.
- In der Antwort auf Frage 5 wird unter der Überschrift „DSM“ der erste Satz wie folgt neu gefasst: „Das DSM nimmt seit Herbst 2015 eine forschungsgeleitete Untersuchung der Objektbestände der Frühen Neuzeit und eine systematische Untersuchung des Gründungsbestandes auf NS-Raubgut vor, wobei der Fokus in letztgenanntem Fall auf die Sammlung Hanswilly Bernartz und den Sammlungsbestand des Morgenstern-Museums gerichtet ist.“
- In der Antwort auf Frage 6 wird im zweiten Absatz der erste Satz ersatzlos gestrichen. Der folgende Satz beginnt mit: „Der Senator für Kultur stellt im Haushaltsjahr 2014...“

3017.) Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Verlängerung des Sanierungsprogramms (Vorlage 1598/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1598/19 den Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Verlängerung des Sanierungsprogramms und bittet die Senatorin für Finanzen um Zuleitung des Berichts an den Stabilitätsrat. Der Senat betont, dass eine abschließende Entscheidung über die Verlängerung der Sanierungsvereinbarung, erst nach vorheriger Beschlussfassung des Senats zum Jahresende 2017 vor der Sitzung des Stabilitätsrates am 11. Dezember 2017 getroffen wird.

2. Der Senat beschließt die Mitteilung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3018.) Prostituiertenschutzgesetz - Umsetzungskonzept
(Vorlage 1599/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1599/19 dem Umsetzungskonzept zum Prostituiertenschutzgesetz mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - Unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ wird der Satz „Für die Anmeldebescheinigung wird eine Gebühr von 20 Euro erhoben.“ ersetzt durch die Sätze „Die Festsetzung der Gebühr für das Anmeldeverfahren wird im Rahmen der Erstellung der Kostenverordnung erfolgen. Dabei sind Vergleiche mit anderen Kommunen und Ländern heranzuziehen.“
 - Im Konzept auf Seite 8 wird Punkt „3.6 Gebühren“ vor dem letzten Absatz wie folgt neu gefasst: „Vorgesehen ist vom SWAH die Erhebung einer Gebühr für das Anmeldeverfahren soweit es sich auf die Dienstleistungen bezieht, die durch den SWAH erbracht werden sowie die Raummiete von je 15 m² für die Beratungen. Die Festsetzung der Gebühr für das Anmeldeverfahren wird im Rahmen der Erstellung der Kostenverordnung erfolgen. Dabei sind Vergleiche mit anderen Kommunen und Ländern heranzuziehen.“
2. Der Senat stimmt der sofortigen Ausschreibung der zusätzlichen Stellen beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (7 VZE), deren Finanzierung über die Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld Bürgerservice erfolgt, zu.

- 3019.) "Kulturelle Filmförderung im Lande Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1600/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1600/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 06.07.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3020.) "Finanzielle und personale Voraussetzungen für auskömmlichen Bauunterhalt und Sanierung sowie Errichtung von Neubauten im öffentlichen Eigentum Bremens"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1601/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 25.09.2017 und 2. Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 26.09.2017)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der 2. Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 26. September 2017 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der Linken vom 21. August 2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.